

handenen Mittel und eine *effektivere Koordinierung* der Projekte.

Den Beobachter von außen verwundert die beeindruckende Zahl von Entwicklungshilfeorganisationen, von der größten zur kleinsten, alle eifersüchtig auf die eigene Identität und Arbeit bedacht. Der Kreativität kann man zwar so freien Lauf lassen, aber man stelle sich die *Ver-schwendung* an Kräften bzw. mögliche Probleme an Ort und Stelle vor, wenn Gutwillige ohne Erfahrung das Feld beherrschen. Burkina Faso ist ein typisches Beispiel: Hunderte französischer Organisationen bieten dort ihre Hilfe an. Wäre die Effektivität nicht ungleich größer, wenn dies koordiniert geschähe?

Der Dschungel ist kontraproduktiv

Die Gründe, die dies verhindern, sind offenkundig: *Small ist beautiful*; institutionelle Leichtigkeit ist effektiver, mobiler und weniger kostspielig. Ein anderer Einwand: Wer wäre in der Lage, die Koordination im Geberland, erst recht im Empfängerland zu organisieren? Den perfekten Partner zur Abwicklung von Projekten gibt es nicht. Nur wenige Partner sind wirklich unabhängig. Will man staatliche Einflußnahme verhindern, ist Streuung der Hilfsmit-

tel der beste Weg. In den Geberländern wäre mehr Koordination jedoch tatsächlich möglich. Der Dschungel ist kontraproduktiv. Von jeder einzelnen Nichtregierungsorganisation würde dies jedoch mehr Reflexion und Bereitschaft zur Zusammenarbeit erfordern. Von Nachteil wäre dies weder für die Effektivität der Arbeit noch für die Empfänger.

Die Christen in Frankreich spüren, daß die Verpflichtung zur Solidarität für die Industrieländer eine Herausforderung bedeutet. Während man sich starken individualistischen und liberalistischen Tendenzen gegenüber sieht, laden die Kirchen ihre Mitglieder zu Reflexion und Handeln zugunsten der Dritten Welt ein. Die Enzyklika Papst Johannes Pauls II. „*Sollicitudo rei socialis*“ nimmt in dieser Hinsicht eine klare Position ein. Von den Mitarbeitern von Entwicklungsorganisationen wurde sie daher ausgesprochen positiv aufgenommen. In Pfarreien und Dritte-Welt-Gruppen wird sie z.Z. intensiv gelesen. Für viele klärt sie die kirchliche Position gegenüber allen protektionistischen Pressionen. Sie ruft die Christen auf zu jenem solidarischen Einsatz, der bei der bevorstehenden Vollversammlung der französischen Bischöfe erneut auf der Tagesordnung stehen wird. *Pierre de Charentenay*

Reformen nach Dauerkrise?

Politische und kirchliche Entwicklungen in Vietnam

Die Auseinandersetzungen um die Heiligsprechung von 117 vietnamesischen Märtyrern im Frühsommer dieses Jahres haben die Situation der Kirche in Vietnam in den Blick gerückt. Georg Evers stellt die neueren Entwicklungen im Staat-Kirche-Verhältnis auf dem Hintergrund der politischen und wirtschaftlichen Lage Vietnams dar.

Seit dem Ende des Vietnamkrieges 1975 und der Wiedervereinigung von Nord- und Südvietnam zu einem politisch, ideologisch und wirtschaftlich einheitlichen Land hat Vietnam die Konsolidierung, den Wiederaufbau und den Zustand einer innen- und außenpolitischen Stabilität nicht erreicht. Die Versuche, im südostasiatischen Raum die Hegemonie zu gewinnen, die durch die außenpolitischen Abenteuer des militärischen Einmarsches in Kambodscha und des politischen Weisungsanspruchs über Laos gekennzeichnet sind, endeten in einer militärischen Konfrontation und fortdauernder politischen Gegnerschaft mit der Volksrepublik China und einer immer stärker wachsenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von der UdSSR. Die gegenwärtige politische Großwetterlage ist für Vietnam nicht günstig. Das sowjetische Einlenken in Afghanistan und der Beginn des Rückzugs der sowjetischen Truppen verstärkt den au-

ßenpolitischen Druck auf Vietnam, seinerseits das Engagement in Kambodscha möglichst schnell und ohne zu großen Gesichtsverlust zu beenden. Die Zeichen einer beginnenden Verständigung zwischen der UdSSR und der Volkrepublik China müssen für die vietnamesischen Politiker eher eine bedrohliche als eine erfreuliche Nachricht sein.

Mit den kleineren Nachbarn in der Region, wie Thailand, den Philippinen und Indonesien, bestehen gespannte Verhältnisse aus unterschiedlichen Gründen, die aber alle mit einer Furcht dieser Länder vor dem Hegemoniestreben der Vietnamesen zu tun haben. Die Auseinandersetzung mit China ist ebenfalls nur zum Teil auf die vietnamesische Invasion in Kambodscha zurückzuführen, sondern hat weitreichende historische Gründe. In dieser Konstellation der politischen Kräfte ist für Vietnam das *Bündnis mit der UdSSR* von lebenswichtiger Bedeutung, und entsprechend groß ist die Abhängigkeit von diesem Bündnispartner geworden. Es ist die Frage, wie lange für die UdSSR die Bereitstellung der militärischen Basen, der Flugplätze und vor allem der Häfen von einem so übertragenden strategischen Interesse ist, daß Rußland auch weiterhin bereit ist, die immer stärker wachsenden Schulden Vietnams als notwendige Last mitzutragen.

Wachsende Unzufriedenheit – Selbstkritik der Partei

Der Monopolanspruch auf die politische und ideologische Führung im Staat seitens der kommunistischen Partei Vietnams ist sicher unangefochten. In den letzten drei Jahren mehren sich aber die Anzeichen einer *wachsenden Unzufriedenheit* in allen Schichten der Bevölkerung, einschließlich der Kreise der Partei und des Militärs. Bisher hatte die Regierung dem Exodus von mehr als einer Million ihrer Landsleute, der sog. „boat people“, mit gewisser Ruhe und Gelassenheit zugesehen. Darin sah sie wohl eher so etwas wie ein Sicherheitsventil, das dafür sorgte, daß der Druck der Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen nicht zu groß wurde. Die *wachsenden Versorgungsschwierigkeiten* und die *Geldentwertung*, die 1986 mit 700% phantastische Ausmaße annahm, betrafen vor allem die Angehörigen der Streitkräfte, die Staatsbediensteten und ihre Angehörigen, d. h. gerade die Kräfte, die zur Erhaltung des Systems unabdingbar notwendig sind. Die Ineffizienz der staatlichen und kollektiven Betriebe in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor hat zur Entstehung eines sich immer stärker ausbreitenden *Schwarzmarktes* geführt. Korruption, Bürokratie und andere Mißstände sind weit verbreitet. Seitens der Regierung wird zugegeben, daß 80–85% der auf dem Schwarzmarkt angebotenen Erzeugnisse aus Staatsläden stammen, die, von Staatsbediensteten und Sicherheitskräften herausgeschmuggelt und unterschlagen, zu hohen Preisen und zur persönlichen Bereicherung verkauft würden.

Der 6. Parteitag der kommunistischen Partei Vietnams im Dezember 1986 stand ganz im Zeichen einer Anstrengung, *grundlegende Reformen in Staat und Partei* in die Wege zu leiten. Am 10. Juli 1986 war Generalsekretär *Le Duan* plötzlich gestorben, und der zweite Mann, *Truong Chinh*, wurde „ad interim“ zu seinem Nachfolger gewählt, weil schon vor dem Tod des alten Generalsekretärs das Ausscheiden der „alten Garde“ der Parteigründer für den nächsten Parteitag verkündet worden war. Zusammen mit den beiden anderen Veteranen, *Pham Van Dong* und *Le Duc Tho*, schied *Truong Chinh* auf dem Parteitag aus dem Politbüro und Parteisekretariat aus. Vorher hatte *Le Duc Tho* der Partei noch die Leviten gelesen und den Sittenverfall gerade der Kader und Parteimitglieder gegeißelt, die von Korruption und Selbstbereicherung befallen seien und sich Spielen und Alkoholgenuß hingäben. Er stellte fest: „Noch nie hat die Partei einen so starken Verlust an Würde und Tugend erlebt wie heute. Das ist ein großes und sehr ernst zu nehmendes Problem“ (Asien 23 [1987] 35).

Der neue Generalsekretär *Nguyen Van Linh* (Jahrgang 1915), bisher Parteisekretär von Ho-Chi-Minh-Stadt, wird allgemein als Reformler bezeichnet. Jedenfalls hat er vor dem 6. Parteitag ein Programm der „Erneuerung im Denken und in der Wirtschafts- und Kaderpolitik“ verkündet. Die Zusammensetzung des Politbüros nach dem

Ausscheiden vieler verdienter Veteranen gibt dem Reformflügel eine Mehrheit. Daß aber gleichzeitig auch sechs Generale ins Politbüro einzogen, bedeutet eine verstärkte Mitsprache des Militärs bei allen wichtigen Entscheidungen. Sie lassen Erwartungen auf grundlegende Reformen kaum zu. Solange die Ausgaben für das Militär weiterhin über 50% der Staatsausgaben ausmachen, sind einer Wirtschaftsreform ohnehin enge Grenzen gesetzt. Der neue Fünfjahresplan 1986–1990 hat seine Schwerpunkte auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Konsumgüterindustrie und der Exportförderung.

Der Erfolg einer wirtschaftlichen Reformpolitik ist eng mit Anstrengungen um eine *innere Demokratisierung* verbunden. Dafür sind auch nach dem Parteitag aber wenige Anzeichen zu entdecken. Eine Reihe korrupter Kader haben ihre Positionen behalten und teilweise ausbauen können. Es hat den Anschein, als ob der heute 73jährige Generalsekretär auch nur wieder eine Übergangsperiode verwalten werde. Die im Fünfjahresplan enthaltenen Ansätze zu einer mehr an marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichteten Wirtschaft sind zu zaghaft und in sich unschlüssig und werden durch das Bekenntnis zur „sozialistischen Umwandlung“ wieder konterkariert. Gleiches gilt für die Außenpolitik, wo die grundsätzliche Bereitschaft, sich aus Kambodscha und Laos zurückzuziehen, bekräftigt, aber der Anspruch auf Vorherrschaft in Indochina weiterhin aufrechterhalten wird. Immerhin spricht Vietnam erstmals von friedlicher Koexistenz und wirtschaftlichem Wettbewerb zwischen Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen. Die in letzter Zeit eher wieder ansteigenden Zahlen von Flüchtlingen aus Vietnam machen aber deutlich, daß das Vertrauen in die politische Führung nicht gewachsen ist. Die großen Probleme des Landes harren weiterhin der Lösung.

Staatliche Überwachung der Religionen

Die Grundlinien der Religionspolitik haben sich auch unter der neuen Führung nicht verändert. Auf der Basis der für alle kommunistischen Regierungen geltenden marxistischen Religionspolitik wird weiterhin daran festgehalten, daß die Religion mit der Erreichung der sozialistischen Gesellschaft wegen des damit gegebenen Wegfalls ihrer Entstehungs- und Existenzbedingungen von selber absterben wird. Für die Übergangszeit gilt die Gewährung einer generellen Religionsfreiheit, die den Religionen unter der strengen Überwachung durch den Staat und seiner Organe ermöglichen soll, ihren Beitrag zum Aufbau des Sozialismus zu leisten. Generalsekretär *Nguyen Van Linh* hat nach seinem Amtsantritt 1987 eingeräumt, daß es in der Vergangenheit Fehler in der staatlichen Religionspolitik gegeben habe. Ausdrücklich erwähnte er, daß z. B. Katholiken durch Vorurteile von staatlichen Stellen benachteiligt worden seien. Lobend hob er hervor, daß viele Angehörige von Religionsgemeinschaften, darunter auch viele Katholiken, in der Armee und an anderen Stel-

len sich für ihr Land vorbildlich einsetzten. Andererseits warnte er auch wieder drohend davor, die Religion zu mißbrauchen, um gegen die Interessen des Landes zu agieren.

Statistische Angaben zu Vietnam sind nicht leicht zu erhalten. Bei 60 Millionen Einwohnern (1986) wird die Zahl der Buddhisten mit 55% der Bevölkerung angegeben. Die neuen Religionen der Cao Dai und der Hoa Hao haben einen Anteil von gut 10%. Das Christentum ist die drittstärkste religiöse Kraft mit 7,4%, wovon der größte Anteil auf die Katholiken entfällt, die gegenwärtig zwischen 3,5 und 5 Millionen stark sind. Der Anteil des Islam beläuft sich gerade auf 1%.

Die *Buddhisten* haben ähnliche Erfahrungen wie die christlichen Kirchen mit der kommunistischen Regierung nach 1975 gemacht. Nach einer Phase der Zusammenarbeit mit den neuen Herren und der erklärten Bereitschaft der buddhistischen Führungsgremien, am Aufbau des neuen Vietnam positiv mitzuarbeiten, setzte bald die Politik einer immer schärferen Reglementierung und Behinderung des religiösen Lebens der Buddhisten durch die Regierung ein. Durch die Schaffung einer „Patriotischen Buddhistischen Vereinigung Vietnams“ wurde ein Instrument geschaffen, durch das der Einfluß des Staates und der Partei auf die buddhistische Gemeinde sichergestellt wurde. Eine Reihe von buddhistischen Mönchen befinden sich noch immer in Umerziehungslagern oder Gefängnissen. Jede Form von gesellschaftlicher oder politischer Tätigkeit ist den Buddhisten unmöglich gemacht. Sie sind auf ihre Tempel und Klöster beschränkt. Der Zugang von neuen Mönchen und Nonnen wird durch viele administrative Anordnungen weitgehend behindert oder unmöglich gemacht.

Der Einfluß der *Cao Dai*, einer 1919 in Vietnam entstandenen synkretistischen „neuen Religion“, die 1975 noch 4 Millionen Mitglieder zählte, ist stark eingeschränkt worden. Gegenwärtig rechnet man mit höchstens noch 2 Millionen Mitgliedern. Auch diese religiöse Gruppe ist auf rein religiös-liturgische Funktionen beschränkt, wobei die Regierung an der Länge der „unproduktiven“ Gottesdienste Anstoß nimmt. Ähnlichen Einschränkungen ist auch die andere „neue Religion“, die Hoa Hao, unterworfen (Far Eastern Economic Review, 1. 11. 84). Die *protestantischen Kirchen* haben in Vietnam nie eine große Rolle gespielt. Trotz der restriktiven Religionspolitik haben sich die Protestanten von 150 000 im Jahre 1975 auf über 300 000 Anfang 1988 mehr als verdoppeln können (UCA-News, 27. 8. 88). Wie die Katholiken sind auch sie von ihren ökumenischen Bindungen an andere asiatische oder ausländische Kirchen abgeschnitten. So können sie in den Gremien der Christlichen Konferenz Asiens (CCA) seit langem nicht mehr mitarbeiten. Es fehlt ihnen an Bibeln und theologischer Literatur, die nur unter Schwierigkeiten ins Land gebracht werden können. Im Süden wurden alle protestantischen Bibelschulen, die auch der Ausbildung von angehenden Pastoren dienen, seit 1976 geschlossen. Im Dezember 1987 erteilte die Regierung die

Erlaubnis, in Hanoi eine Bibelschule neu zu eröffnen, an der jetzt 20 Studenten ihre Ausbildung begonnen haben. Das Problem einer Vereinigung der Protestanten im Süden Vietnams mit den zahlenmäßig viel schwächeren (etwa 10 000) Protestanten im Norden ist noch nicht gelöst. Die Befürchtung, dadurch noch stärker unter die politische Überwachung des Staates zu kommen, läßt die Protestanten im Süden zögern, die kirchliche und organisatorische Zusammenarbeit mit dem Norden weiter auszubauen.

Die Lage der katholischen Kirche

Ausländische Besucher in Vietnam, die im Zuge der vorsichtigen Reformpolitik in steigender Zahl das Land besuchen können – darunter nicht wenige Vietnamesen, die zu verschiedenen Zeiten das Land verlassen haben –, berichten übereinstimmend von *bestehendem religiösem Leben der Katholiken*. Es gibt ein reges kirchliches und sakramentales Leben. Die Gottesdienste an den Sonntagen, aber auch an Werktagen, sind überfüllt. Die Zahl der Katholiken steigt ständig. Jahr für Jahr werden mehr Erwachsenentaufen gemeldet. Auch wenn die katholische Kirche nach außen im Erziehungs- und Gesundheitswesen und im gesellschaftlichen Leben so gut wie jede Einflußmöglichkeit verloren hat, erscheint sie vielen Vietnamesen doch als eine Zufluchtsstätte, wo es möglich ist, dem übergroßen Druck des Staates in eine Art Freiraum zu entkommen. Es ist eine stille Art des Protests und der inneren Emigration. Es hat den Anschein, als ob in jüngster Zeit unter der neuen politischen Führung der Druck auf die katholische Kirche etwas nachgelassen habe. Bei der Bischofssynode 1987 berichtete der Koadjutor der Diözese Xuan-Loc, *Paul-Marie Nguyen-Minh-Nhat*, von einigen Anzeichen einer wachsenden Verständigung zwischen Staat und Kirche und nannte die Wiedereröffnung des Priesterseminars von Ho-Chi-Minh-Stadt, die Weiheerlaubnis für eine Reihe Neupriester und die Aufhebung von Reisebeschränkungen für Bischöfe bei Pastoral- und Firmreisen als Beispiele.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Vietnam ist aber *weiter sehr spannungsreich*. Die katholische Bischofskonferenz von Vietnam hat sich 1976 konstituiert und ist in der Folge in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen zu Beratungen zusammengetroffen. Dabei gab es Schwierigkeiten für einzelne Bischöfe, eine Reiseerlaubnis zu erhalten, je nachdem, ob sie sich der Regierung gegenüber unbeliebt gemacht hatten. Die Versuche der Einflußnahme auf den Verlauf der Konferenzen und die Überwachung der Vorgänge trugen nicht gerade dazu bei, daß die Bischöfe sich bei diesen Gelegenheiten frei äußern konnten. Der Kontakt der vietnamesischen katholischen Kirche zum Ausland ist auch weiterhin *sehr eingeschränkt*. Die Teilnahme an den regelmäßig stattfindenden Konferenzen, Studienseminaren etc. der Vereinigung der asiatischen Bischofskonferenzen (FABC) ist vietnamesischen Bischöfen und Priestern nach wie vor nicht

mehr möglich. Die Erlaubnis für die fälligen „ad limina“-Besuche der Bischöfe wird sehr restriktiv und willkürlich gehandhabt. Bisher konnten aber alle 25 Diözesen Vietnams mit Bischöfen besetzt werden, die unter Mitwirkung und mit Zustimmung Roms ernannt und geweiht wurden. Die Verbundenheit der vietnamesischen Kirche mit Rom wird bisher seitens des Staates und der Partei grundsätzlich anerkannt. Kirchenrechtliche Verordnungen und Weisungen aus Rom können aber nur solange Beachtung finden, als sie nicht mit Gesetzen und Verordnungen der vietnamesischen Regierung kollidieren.

Das Solidaritätskomitee vietnamesischer patriotischer Katholiken als Testfall

Seit seiner Gründung im Jahr 1984 hat das Solidaritätskomitee vietnamesischer patriotischer Katholiken (Comité d'Union des Catholiques Patriotes du Vietnam) wohl eher der Spaltung als der Einigung der Katholiken gedient. Wenn auch immer wieder der Eindruck erweckt wird, daß es sich hier um eine spontan von Katholiken gegründete Initiative handelt, um die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Vietnam zu verbessern und den Beitrag der katholischen Kirche zum Aufbau des neuen Vietnams zu verstärken, ist das staatliche Interesse an dieser Organisation, die über die „Patriotische Front“ und das Büro für religiöse Angelegenheiten auch institutionell mit staatlichen Stellen verknüpft ist, nicht zu übersehen. Die im Solidaritätskomitee zusammengeschlossenen katholischen Priester und Laien haben offiziell die Aufgabe und das Ziel, die Verbindung zwischen Staat und Kirche im Verbund mit den anderen religiösen Gemeinschaften, die über ähnliche Koordinationsgremien verfügen, sicherzustellen. Diese Komitees sind bisher in den meisten katholischen Diözesen – mit der Ausnahme von zwei Diözesen – entstanden und haben je nach den örtlichen Umständen auch Ortsgruppen gebildet.

Die Bischöfe haben mehr oder weniger ausgesprochen deutlich gemacht, daß sie diese Zwischeninstanz nicht selber ins Leben gerufen haben und nicht begrüßen. Offenen Widerstand hat nur der im Juni dieses Jahres verstorbene Erzbischof von Hue, *Philippe Nguyen Kim Dien*, geleistet, indem er den einzigen Priester seiner Diözese, der sich entgegen seinem Verbot an der Arbeit des Solidaritätskomitees beteiligte, suspendierte. In der Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen über die Rechtmäßigkeit dieser Suspension berief sich der Erzbischof auf die Verordnungen des Kirchenrechtes und Anordnungen Roms gegen die politische Tätigkeit von Priestern. Von den staatlichen Stellen wurde Erzbischof Dien deutlich gemacht, daß diese Anordnungen internationaler Stellen in Vietnam keine Gültigkeit hätten, weil sie gegen die Politik und die Gesetze der Volksrepublik Vietnam verstießen.

Erzbischof Dien wurde wegen dieser Kritik und seiner unerschrockenen Haltung gegen andere Repressalien ge-

genüber der Kirche unter Hausarrest gestellt und über 120 Tage „Arbeitssitzungen“ (= Verhören durch die Staatssicherheit) unterzogen. Sein plötzlicher Tod im Juni dieses Jahres steht im direkten Zusammenhang mit diesen staatlichen Maßnahmen gegen ihn. An seinem Fall wurde deutlich, daß der Staat davor zurückschreckte, den Erzbischof zu verhaften und dadurch zum Märtyrer zu machen. Verhaftungen von Priestern und Ordensleuten sind dagegen zahlreich. Gegenwärtig nimmt man an, daß immer noch 200–300 Priester und Ordensleute in Umerziehungslagern und Gefängnissen sind.

Der Streit um die Heiligsprechung der vietnamesischen Märtyrer

Die letzten Monate waren bestimmt von den Auseinandersetzungen um die Heiligsprechung von 117 vietnamesischen Märtyrern, die am 19. Juni dieses Jahres in Rom vorgenommen wurde (vgl. J. Maïs, *Dossiers Echange France-Asie*, Nr. 3 und 6/1988). Die vietnamesische Kirche hat in den Jahren 1625 bis 1886 mit Unterbrechungen 261 Jahre Kirchenverfolgung erlebt, in deren Gefolge über 100 000 Christen (man spricht von mehr als 130 000) ihr Leben verloren haben. Von ihnen wurden zwischen 1900 und 1951 in verschiedenen Gruppen insgesamt 117 seliggesprochen. Im Namen der vietnamesischen Bischofskonferenz hatte Kardinal *Trinh Van Can* von Hanoi im November 1985 ein Schreiben nach Rom gerichtet und um die Heiligsprechung der 117 vietnamesischen Märtyrer gebeten. Dieser Bitte schlossen sich die Bischofskonferenzen Spaniens, Frankreichs und der Philippinen an (von den 117 Seligen sind 11 Spanier und 10 Franzosen).

Dieser zunächst innerkirchliche Vorgang wurde erst im August 1987 zu einem Politikum, als der Promotor der Heiligsprechung, Mgr. *Vincent Tran Ngoc Thu* (er ist zugleich einer der Privatsekretäre des Papstes), eine kleine Broschüre über die zukünftigen Heiligen herausbrachte. Die vietnamesische Regierung protestierte bei der Bischofskonferenz gegen die Darstellung der damaligen historischen Verhältnisse. Bei allen Vorbehalten, die gegen die damaligen feudalen Herren angebracht seien, gehe diese Darstellung ihres Widerstandes gegen die Missionstätigkeit der ausländischen Missionare und ihrer vietnamesischen Helfershelfer zu weit. Das ganze vietnamesische Volk werde vor der Welt in seiner Ehre gekränkt. Beanstandet wurde auch eine Formulierung im Brief von Kardinal Can an den Papst, in dem er davon gesprochen hatte, daß das „ganze vietnamesische Volk“ die Heiligsprechung begrüßen würde. Der vietnamesischen Bischofskonferenz wurde das Recht abgesprochen, in Namen des ganzen Volkes sprechen zu können. Die Regierung rief zweimal (September 1987 und März 1988) das ständige Komitee der Bischofskonferenz zusammen, um Druck auf die Bischöfe auszuüben, durch Rücknahme ihres Briefes Rom dazu zu bringen, die geplanten Heiligsprechungen nicht vorzunehmen. Die Argumentation der

Regierung konzentrierte sich darauf, daß die ganze Angelegenheit der Heiligsprechung vom Ausland initiiert und gesteuert würde. Das Vorbereitungskomitee der Heiligsprechung sei ganz in der Hand von Auslandsvietnamesen, die aus der religiösen Feier eine Propagandaveranstaltung gegen die vietnamesische Regierung machten. Es würden Parallelen zwischen der damaligen Verfolgung der Christen in Vietnam und ihrer jetzigen Situation gezogen, die einer Diffamierung der Regierung gleichkämen. Von den Bischöfen wurde auch verlangt, die ausländischen Missionare von den vietnamesischen Märtyrern zu trennen. Zur selben Zeit lief in der Presse, auch in der vom Staat kontrollierten kirchlichen, eine Kampagne gegen die Heiligsprechungen. Über die Solidaritätskomitees wurde versucht, unter den Katholiken in dieser Angelegenheit Zwiespalt zu säen. Dem Druck der Regierung gegenüber blieben die Bischöfe standhaft. Sie betonten den rein religiösen Charakter der Heiligsprechungen und wiesen die politischen Implikationen zurück. Ihrerseits vermieden sie alles, um über diese Frage das Verhältnis zwischen Staat und Kirche noch weiter zu belasten. Anfangs hatte natürlich die Absicht bestanden, eine Delegation von vietnamesischen Bischöfen und wenn möglich auch Gläubigen zur Feier der Heiligsprechungen nach Rom zu schicken. Zum Schluß gab es noch den Plan, daß Kardinal Can von Hanoi an den Feierlichkeiten zur 1000-Jahrfeier der Bekehrung der Rus in die Sowjetunion fahren sollte, um auf der Rückreise in Rom an den Feierlichkeiten der Heiligsprechungen teilzunehmen. Aber auch daraus wurde nichts. So fanden die Feierlichkeiten am 19. Juni ohne jede offizielle Beteiligung der katholischen Kirche Vietnams statt. Etwa 8000 Auslandsvietnamesen, 10000 Spanier und Tausende Franzosen nahmen an der Feier teil. Die Regierung Vietnams hatte den Bischöfen verboten, in den Gottesdiensten am und um den 19. Juni herum die Heiligsprechungen in irgendwelcher Form zu erwähnen.

Ende der Konfrontation?

Über die Auseinandersetzung am Fall der Heiligsprechungen sind die gegensätzlichen Standpunkte von Regierung und Kirche wieder deutlich geworden. Das harte Vorgehen der staatlichen Stellen und die damit verbundene Polemik hat etwas überrascht, weil sie nicht zu der vorsichtigen Öffnung passen, die im Zuge der Reformpolitik begonnen worden war. Bei dieser Auseinandersetzung wurde erneut die grundsätzliche Frage nach der Stellung des Christentums in Vietnam gestellt. Der Vorwurf der Regierung gegen die Heiligsprechungen gipfelt schließlich darin, daß die sog. „Märtyrer“ in ihren Augen eigentlich „Handlanger der Kolonialisten“ waren, die sich in der Auseinandersetzung der damaligen staatlichen Herrschaft mit den ausländischen Missionaren und den sie unterstützenden europäischen Länder gegen ihr Vaterland und für die Ausländer entschieden hätten. Wenn die Christen in Anspruch nähmen, in den Märtyrern ihre „Ahnen im Glauben“ verehren zu dürfen, dann müßten

sie bedenken, daß sie damit zugleich das Andenken an ihre „Ahnen in der Volkszugehörigkeit“ beschmutzten. Es geht bei dieser Auseinandersetzung also auch darum, inwieweit die vietnamesischen Christen in ihrem Land Heimatrechte beanspruchen können oder ob ihnen nicht immer noch das Etikett anhaftet, Mitglieder einer „fremden Religion“ zu sein.

Die katholische Kirche in Vietnam hat in dieser Auseinandersetzung aber auch alles vermieden, was die Kontroverse anzuheizen oder hochspielen hätte können. Es ist daher noch offen, inwieweit die Regierung jetzt bereit ist, nach viel Theaterdonner wieder zu normalen Beziehungen zurückzukehren. Die Politik der Reformen und der Versuch der vietnamesischen Regierung, ihre außenpolitische Isolierung zu durchbrechen und dem Westen gegenüber politisch und vor allem wirtschaftlich wieder handlungsfähig zu werden, müßten es eigentlich geraten erscheinen lassen, die Konfrontation zu beenden. Gegen Ende des Jahres 1987 gab es eine Reihe von Anzeichen, die genau in diese Richtung wiesen. Eine Delegation der Vereinigung von kirchlichen Hilfswerken (CIDSE) hielt sich im November 1987 in Vietnam auf und hatte Gelegenheit, in vier Gruppen das Land zu bereisen. Der Regierung ging es bei der Gestaltung des offiziellen Reiseprogramms offensichtlich darum, den „goodwill“ dieser Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) zu gewinnen bzw. zu erhalten. In der Vergangenheit waren es diese Organisationen, für die Bundesrepublik z. B. die Caritas und Misereor, die in den Zeiten der zunehmenden Isolierung Vietnams wichtige Hilfe auf dem medizinischen Sektor und in der Entwicklungshilfe geleistet haben. Der Regierung ist durchaus bewußt, daß die guten Beziehungen zu diesen Organisationen nicht ganz unabhängig von ihrer Politik gegenüber den christlichen Kirchen sein können.

Von ausländischen Beobachtern wurden die von der Regierung zu Beginn des Jahres 1988 verfügten Freilassungen katholischer Priester aus Umerziehungslagern (Arbeitslagern) als Zeichen guten Willens gegenüber der katholischen Kirche gedeutet. Bei diesen Priestern handelt es sich um ehemalige Militärgeistliche, die zusammen mit Offizieren der vietnamesischen Armee seit 1975 interniert waren. Nach ihrer Entlassung dürfen sie aber als Priester nicht tätig werden. Da sie in ihren alten Gemeinden nicht registriert werden können, erhalten sie keine Bezugsscheine für Reis und andere Notwendigkeiten des Lebens. So sind sie auf die Unterstützung durch Verwandte und gute Freunde angewiesen, um überleben zu können.

Vietnam ist offenbar in einer schwierigen Phase der Veränderung seiner Politik hin zu einem stärkeren Realismus und zur Bereitschaft, im Konzert der internationalen Kräfte aus der Isolierung herauszufinden. Die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwingen die Regierung, im Hinblick auf die innere Stabilität Reformen und Modernisierung voranzutreiben. Gegen die retardieren-

den Kräfte im eigenen Land, die starren Ideologen auf der einen und die Schmarotzer und Parasiten im eigenen Lager auf der anderen Seite muß die Regierung versuchen, eine möglichst große Zahl ihrer Bürger von der Möglich-

keit einer Besserung der Verhältnisse zu überzeugen. In diesen Kontext paßt eine Verschärfung der Auseinandersetzung auf dem Gebiet der Religionspolitik nicht.

Georg Evers

Wer entscheidet über theologische Lehrstühle?

Die nihil obstat-Verweigerung für den Moraltheologen Karl-Wilhelm Merks

Vor kurzem wurde bekannt, daß dem in Tilburg (Niederlande) lehrenden Moraltheologen Karl-Wilhelm Merks das nihil obstat für seine Berufung auf den moraltheologischen Lehrstuhl an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn verweigert wurde. Professor Franz Böckle, früherer Inhaber dieses Lehrstuhls, stellte uns den folgenden Beitrag zu diesem Fall zur Verfügung.

Nach Mitteilung des Presseamtes des Kölner Erzbistums hat der Kölner Diözesanadministrator, *Hubert Luthe*, dem für den Lehrstuhl für Moraltheologie der Bonner Universität vorgeschlagenen Professor Dr. *Karl Wilhelm Merks* die kirchliche Lehrerlaubnis verweigert. Die Mitteilung an das Ministerium erfolgte mit Brief des Diözesanadministrators von Köln vom 24. Juni 1988. Darin schreibt Weihbischof Luthe: „Herr Prof. Merks hat in seinen Veröffentlichungen Meinungen vertreten, die nicht mit der Lehre der katholischen Kirche vereinbar sind. Eingehende Prüfungen der Veröffentlichungen haben gravierende Bedenken ergeben, so daß ich mich außerstande sehe, das nihil obstat für die Berufung des Herrn Prof. Merks auf die Professorenstelle zu erteilen.“ Diese schweren Vorwürfe sind dem Minister gegenüber unter Hinweis auf die alleinige Zuständigkeit der Kirche nicht begründet worden. Insofern erfolgte die Verweigerung ohne Angabe von Gründen. Herr Merks wurde am 27. Juni 1988 von Weihbischof Luthe telefonisch über diese Entscheidung orientiert.

Eine nicht begründete Ablehnung

Mit Schreiben vom 15. Juli 1988 hat der Minister für Wissenschaft und Forschung in Düsseldorf Herrn Merks über das Schreiben des Diözesanadministrators vom 24. Juni 1988 informiert. Am 28. Juli 1988 schreibt Herr Merks an den Minister: „Angesichts der weitreichenden Folgen für meine persönlichen Rechte sowie im allgemeinen Interesse einer gedeihlichen Gestaltung des konkordatär geregelten Verhältnisses von Kirche und Staat bitte ich Sie daher, mir Gelegenheit zu geben, den Herrn Diözesanadministrator um Aufklärung über die mir zur Last gelegten, mit der kirchlichen Lehre nicht zu vereinbarenden Meinungen zu bitten und eine Klärung bzgl. der geltend gemachten Einwände zu versuchen. Ich wäre Ihnen

dankbar, wenn Sie im Hinblick auf die rechtlichen Implikationen diesem Klärungsversuch im Fortgang des Berufungsverfahrens Rechnung tragen könnten.“

Am gleichen Tag [28.7.] sandte Merks den an das Ministerium gerichteten Brief mit Begleitschreiben auch dem Diözesanadministrator. Im Begleitschreiben bemerkt er: „Ich bin über die Begründung der Verweigerung des nihil obstat äußerst betroffen. Nachdem Sie mir Gelegenheit gegeben hatten, auf die römischen Bedenken zu antworten, haben Sie selbst mir gegenüber wie gegenüber Vertretern der Bonner Fakultät zu erkennen gegeben, daß mögliche Bedenken für Sie und für Bischof Hemmerle durch meine Antwort hinreichend überzeugend geklärt seien. Ich verstehe daher nicht, wie Sie und bezüglich welcher Punkte Sie zu dem schwerwiegenden Urteil kommen, ich hätte in meinen Veröffentlichungen Meinungen vertreten, die nicht mit der Lehre vereinbar sind. Ich kann die Begründung im Schreiben an den Minister nur als ein großes mir zugefügtes Unrecht erfahren. Dieses wird keineswegs dadurch erträglicher, wenn formalrechtlich den Bedingungen des Konkordates Genüge getan sein sollte. In materialrechtlicher Hinsicht – und allein dies ist natürlich auf Dauer die einzig tragfähige Grundlage für den Bestand konkordatärer Regelungen – ist mir die Begründungsgrundlage Ihrer Beurteilung nach Ihrer Tatsachenseite hin völlig unersichtlich. Der Vorwurf der Publikation von nicht mit der Lehre der Kirche vereinbaren Meinungen auf der Basis der mir zur Kenntnis gebrachten Einwendungen verletzt mich zutiefst. Nur nebenbei will ich erwähnen, daß mir im übrigen zu keiner Phase des Verfahrens je die doch häufig praktizierte Möglichkeit einer *Retractatio* von falschen Meinungen vorgestellt worden ist. Angesichts des persönlichen Schadens, der Folgen für meine Familie sowie der gravierenden Beeinträchtigung meiner beruflichen Perspektiven, angesichts der drohenden Aushöhlung des gedeihlichen konkordatären Verhältnisses von Staat und Kirche in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Nordrhein-Westfalen, angesichts des vorauszusehenden Schadens für das Rechtsvertrauen innerhalb der Kirche, angesichts schließlich der Infragestellung des Urteils all derer, die im Laufe des Verfahrens positiv zu meiner Bewerbung sich geäußert haben, kann und darf ich nicht Genüge damit nehmen, die Sache nunmehr auf sich beruhen zu lassen. Unter Berufung weiterhin auf die Rechte und Pflichten